



Antrag

der Fraktion der SPD

Keine Kürzungen auf Kosten der Sicherheit – Programm zum Einbruchschutz unvermindert fortsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, das Landesprogramm „Zuschuss für den Einbruchschutz“ unvermindert fortzusetzen und die von der Landesregierung beabsichtigte Kürzung um 400.000 Euro in 2023 nicht vorzunehmen. Die entsprechenden Einsparungen sind stattdessen aus den Budgets aller Ministerien zu erbringen.

Begründung

Kaum ein Delikt hat einen so starken Einfluss auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen als die Gefahr, in den eigenen vier Wänden Opfer einer Straftat zu werden. Neben einer starken Polizeipräsenz ist die Prävention durch technischen Einbruchschutz der beste Schutz gegen diese Kriminalitätsform. Entsprechende Investitionen wurden vom Land bisher gefördert.

Dennoch kündigte die Landesregierung am 30. Mai 2023 an, im Zuge der Einsparmaßnahmen zur Schließung der Finanzierungslücke, den bisherigen Ansatz für das Jahr 2023 ohne Parlamentsbeschluss um 40% zu kürzen. Die Landesregierung unterbreitete diesen Vorschlag, obwohl erst am 15. Mai 2023 der neue Antragszeitraum für die Fördermittel begonnen hat. Somit stehen trotz bereits laufender Antragsfristen nicht mehr alle ursprünglich vorgesehenen Mittel zur Verfügung.

Die Zahl der Wohnungseinbruchsdiebstähle ist laut Polizeilicher Kriminalstatistik in 2022 gegenüber dem Vorjahr um 18,9 % gestiegen. Vor diesem Hintergrund ausgerechnet bei der Sicherheit zu sparen, ist ein fatales Signal an alle Menschen, die in ihre Wohnung oder ihr Eigenheim investieren möchten, um Einbrüche und Diebstähle zu verhindern und ihr Eigentum und ihre Privatsphäre zu schützen. Die Landesregierung muss daher die entsprechenden Einsparungen aus den sonstigen Budgets der Ministerien erbringen.

Niclas Dürbrook
und Fraktion